

Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN und FREIE WÄHLER

Präambel

Die Stadt Offenbach steht weiterhin vor einer großen Herausforderung: Während die finanziellen Spielräume angesichts der uns von Bund und Land übertragenen Aufgaben immer enger werden, muss unsere Stadt dennoch zukunftsfähig regiert und gestaltet werden.

SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Freie Wähler schließen für die Wahlperiode 2011 - 2016 den nachfolgenden Koalitionsvertrag, um dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Dabei lassen wir uns von der Gewissheit leiten, dass nur soziale Gerechtigkeit, die nachhaltige Verbindung von Ökologie und Ökonomie, gelungene Integration und die Pflege unseres städtischen Lebensraums und der sozialen Beziehungen die Lebensqualität in Offenbach weiterhin steigern werden, sodass unser Gemeinwesen dauerhaft attraktiv bleibt.

Schwerpunkt unserer Bemühungen ist nach wie vor der Bereich Bildung und Erziehung.

Wir wissen, dass es ohne eine grundlegende Reform der Finanzierung von Städten und Gemeinden nicht gelingen kann, den Offenbacher Haushalt zu sanieren. Hier werden wir alles tun, um eine solide Finanzbasis für unsere Stadt zu erreichen. Unabhängig davon sehen wir uns in der Verantwortung zu handeln. Dabei wissen wir, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur Rechenschaft werden ablegen müssen, sondern werden diese in weitaus stärkerem Maße als bisher in wichtige Entscheidungsprozesse einbeziehen. Nur so werden wir eine funktionierende Stadtgesellschaft mündiger und verantwortlicher Bürgerinnen und Bürger erhalten und fortentwickeln. Wir werden dabei neue Wege gehen und laden dazu ein, uns zu begleiten.

I. Bildung und Familie

Schulbausanierungsprogramm

- Das Bau- und Sanierungsprogramm für Kindertagesstätten und Schulen wird uneingeschränkt fortgesetzt.
- Zur Umsetzung des Schulbausanierungsprogramms werden notwendige Refinanzierungsmaßnahmen so gewählt, dass bestehende Freiflächen an Schulen möglichst nicht eingeschränkt werden.
- Die Stadt Offenbach wird das Land Hessen in die Pflicht nehmen, um an allen Schulformen inklusiven Unterricht zu ermöglichen. Wir als Schulträger unterstützen die Bemühungen um Inklusion und werden in Zusammenarbeit mit den Schulen die Rahmenbedingungen verbessern.
- Im Zuge des Schulbausanierungsprogramms ist Barrierefreiheit herzustellen.
- Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass jede Schule über eine Turnhalle verfügt, z.B. in Bieber-Waldhof.

Kinderbetreuung

- Die Koalition wird die Kinderbetreuungsplätze für unter 3jährige zügig ausbauen, um den ab dem 1. August 2013 geltenden Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege zu erfüllen.
- Die Priorität beim Ausbau liegt dabei bei institutionellen Betreuungseinrichtungen. Hier wollen wir freie Träger weiterhin entsprechend fördern und zusätzlich als Stadt zwei neue Einrichtungen bauen, um das Angebot des EKO zu erweitern.
- Das kombinierte Betreuungsangebot aus Kindertagesstätte und Tagespflege zur Abdeckung von Betreuungsbedarfen außerhalb der Öffnungszeiten der Kindertagesstätten bleibt erhalten.
- Für Schulkinder muss der Ausbau flächendeckender Ganztagsangebote in Offenbach beschleunigt werden, um auch für Kinder im Grundschul- und Mittelstufenalter ein ausreichendes Bildungs- und Betreuungsangebot vorhalten zu können. Der Ausbau von Ganztagschulen dient hierbei der Schaffung weiterer ganztägiger Angebote zum Beispiel nach dem Offenbacher Ganztagsklassenmodell, die Kooperation von Jugendhilfe und Schule in diesem Modell wird weiter bestärkt. Bis das schulische Angebot in Offenbach über die erforderlichen Kapazitäten verfügt, bleiben die vorhandenen Hortplätze erhalten, sofern möglich erfolgt eine Erweiterung vorhandener Hortgruppen.
- Die Anstrengungen zur Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern, sowie Auszubildenden für diesen Bereich sollen intensiviert werden.

- Wir werden die KITA-Gebühren stabil halten.
- Wir werden die Kooperation zwischen KITAs und Grundschulen fördern und verstärken.
- Die Einrichtung von Familienzentren wird vorangetrieben. Hierfür sollen ausgewählte Kindertagesstätten entsprechend ausgebaut werden, um dieses neue Angebot zu beherbergen. In den Zentren sollen hier neben Bildung, Erziehung und Betreuung ebenfalls niedrigschwellige Beratung und Unterstützung für Familien angeboten werden. Familien können so schon früh, am besten bereits vor der Geburt des Kindes, bedarfsgerecht begleitet und unterstützt werden, wenn sie dies wünschen. Die Familienzentren sind gleichzeitig feste Anlaufstelle für Austausch und weitere wichtige Belange. Für die Einrichtung und für den Betrieb von Familienzentren sollen geeignete Träger, etwa aus dem Bereich der Kirchen oder Freien Wohlfahrtspflege, gewonnen werden.
- In Zusammenarbeit mit KITAs und Eltern sollen Namen für die KITAs gefunden werden.

Sprachförderung

- Die Sprachförderung an KITAs wird von der Stadt sichergestellt und durch Vereinbarungen mit anderen Trägern auch dort verankert.
- Im Rahmen der Initiative Hessencampus wurde eine Reihe von Projekten initiiert, die wir erhalten und ausbauen möchten. Zum Beispiel die Sprachstandserhebung in der Herkunftssprache für Schülerinnen und Schüler und die Kompetenzförderung "Deutsch für Seiteneinsteiger". Wir fordern das Land Hessen dazu auf, die Förderung für die Initiative beizubehalten anstatt diese, wie von der Landesregierung vorgesehen, ab 2014 zu streichen.
- In Offenbach leben Menschen mit vielen unterschiedlichen Herkunftssprachen. Dieses Potential wollen wir fördern und insbesondere jungen Menschen die Chance geben ihre Herkunftssprache und andere Sprachen zu erwerben. Deshalb wollen wir die mehrsprachigen Programme an öffentlichen Schulen und KITAs ausbauen. An neuen Schulen und KITAs soll von Anfang an ein mehrsprachiger Unterricht stattfinden, vorzugsweise durch die Einstellung muttersprachlicher Pädagoginnen und Pädagogen. Außerdem wollen wir ein größeres Angebot an Fremdsprachenunterricht ab Klasse 3 erreichen.
- Die Sprachförderung in der Sekundarstufe 1 wird verstärkt.

Sozialarbeit

- Die Schulsozialarbeit wird fortgeführt. Wir fordern das Land auf, seine Aufgaben in diesem Bereich wahrzunehmen.
- Um Schulabbrecherquoten zu senken, werden Programme ausgeweitet, die Jugendliche in ihrem Selbstwertgefühl stärken und ihre Motivation stärken.
- Projekte der Sozialarbeit der Schulen werden miteinander vernetzt und evaluiert.
- Wir werden Programme fördern, die im Sinne eines „Übergangsmangements“ Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen.
- Wir wollen erreichen, dass Jugendhilfe, Kultureinrichtungen und Sportvereine in Zukunft eng mit den Schulen zusammenarbeiten.
- Wir werden in Offenbacher KITAs, Schulen und in anderen öffentlichen Einrichtungen dafür werben, einen vegetarischen Tag einzuführen.
- Integrative Förderprogramme, Elternarbeit und Bildungsmaßnahmen sollen weiterentwickelt werden.

Schulentwicklung

- Wir unterstützen die Erweiterung von Grundschulen zu echten Ganztagschulen und werden den Ausbau bei der hessischen Landesregierung anmahnen. Die Kooperationsprogramme „Schule und Verein“ wollen wir fortsetzen und ausbauen. Vereins- und Schulpartnerschaften sollen gefördert werden.
- Der Wunsch nach einer Umwandlung in eine Gesamtschule wird unterstützt, wenn Schulen und Eltern dieses wollen.
- Der Bereich Gesundheit soll in den beruflichen Schulen in Kooperation mit den Offenbacher Krankenhäusern und insbesondere den städtischen Kliniken ein neuer Schwerpunkt der beruflichen Bildung werden. Im zukunftssträchtigen Bereich Medien, Design und Gestaltung soll zusammen mit dem Kreis Offenbach die bundesweit beachtete Ausbildung ausgebaut werden. Die Entwicklung beruflicher Schulen zu Zentren der Weiter- und Fortbildung ist zu fördern. Wünschenswert ist eine regional abgestimmte Entwicklung beruflicher Schulen - zusammen mit den beruflichen Schulen des Kreises Offenbach, um Synergieeffekte zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden.
- Wir werden prüfen, ob ein Oberstufengymnasium eingerichtet werden kann und die Kooperation der Oberstufenschulen unter Einbeziehung der beruflichen Gymnasien ausbauen.

Weiterbildung und Lebenslanges Lernen

- Es wird geprüft, die Möglichkeiten der Teilzeitausbildung in Offenbach auszuweiten. Bei der IHK und der Handwerkskammer werden wir für die Teilzeitausbildung werben.
- Wir werden uns darum bemühen, in Offenbach eine neue Berufsakademie oder eine Fachhochschule anzusiedeln. Die Fachschwerpunkte können zum Beispiel zu denen des geplanten Gründerzentrums "Erneuerbare Energien" passen.
- Die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jugendliche unter 25 Jahren werden daraufhin geprüft, ob sie hinsichtlich der besonderen Bedarfe von Seiteneinsteigern auszuweiten sind. Außerdem wird die Zusammenfassung von Beratungsangeboten für Jugendliche unter 25 Jahren in einer Jugendagentur verfolgt.

Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche

- Auf Grundlage des beschlossenen Spielplatzrahmenplans wollen wir das Angebot an Bolz- und Basketballplätzen ausweiten und besonders im Nordend einen weiteren Spielplatz bauen. Wir werden prüfen, wie Hauseigentümer dabei unterstützt werden können, Spielmöglichkeiten in den zahlreich vorhandenen Innenhöfen, etwa im Nordend, zu schaffen. Außerdem werden wir die Nutzung von Brachflächen für temporär genutzte Spielmöglichkeiten prüfen sowie die Öffnung aller Schulhöfe außerhalb der Schulzeiten im Rahmen der üblichen Öffnungszeiten für Spielplätze veranlassen.
- Es ist zu prüfen, ob die Spielangebote an bereits vorhandenen stark frequentierten Spielplätzen erweitert werden können.
- Es wird eine Summe von 10.000 Euro in den Haushalt eingestellt, um Kindern und Jugendlichen aus Familien, die dies selbst nicht leisten können, den Jahresbeitrag für Sport- und andere Vereine zu finanzieren. Für die notwendige Ausrüstung (z.B. Kleidung, Sportgeräte) sollen Sponsoren geworben werden.
- Wir begrüßen das Projekt „Jugend im Parlament“ und werden es auch weiterhin unterstützen.
- Der Stadtschülerrat wird weiterhin ebenso viele Zuschüsse erhalten wie der Stadteltererbeirat. Das gemeinsame Büro von Stadtschülerrat und Kinder- und Jugendparlament soll erhalten bleiben.
- Die Arbeit des Kinder- und Jugendparlaments werden wir weiter publik machen und unterstützen.

II. Wohnen und Stadtentwicklung

- Vor wichtigen Entscheidungen sollen die Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert werden. Aktive Mitsprache- und Mitentscheidungsprozesse sind in Bürgerversammlungen und –foren zuzulassen. Es ist zu gewährleisten, dass Bürgerbeteiligung ergebnisoffen ist.
Alle Vorlagen werden grundsätzlich öffentlich in Stadtverordnetenversammlung und Ausschüssen beraten.

Offenbach als attraktiven Wohnstandort weiterentwickeln

- Die Koalition wird weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, Offenbach als attraktiven Wohnstandort zu festigen. Die Wohngebiete Senefelderquartier, Freudenberg, Luisenhof, Bieber Nord und Bürgel Ost sollen weiterentwickelt werden. In Bieber Nord ist jedoch keine öffentliche Erschließung vorgesehen. Städtische Naherholungsgebiete bleiben erhalten, in den Außengebieten wird keine neue Ausweisung von Wohngebieten erfolgen.
Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan für das Allessagelände wird geprüft.
- Die Koalition wird die beschlossenen Wohnungspolitischen Leitlinien konsequent umsetzen. Der Bestand an geförderten Wohnungen in Offenbach soll durch Sanierungen und Zubau erhalten bleiben. Sollten sich weitere Finanzierungsmöglichkeiten realisieren lassen, strebt die Koalition einen Anteil von maximal 10 Prozent an geförderten Wohnungen in Offenbach an. Ein wesentlicher Akteur zur Umsetzung dieses Ziels ist die städtische Wohnbaugesellschaft GBO, die zusammen mit der städtischen Wohnbauförderung ein Konzept erarbeiten soll.
Die Koalition wird zukunftsweisende Wohnformen wie Mehrgenerationenprojekte vorantreiben. Das von der GBO erfolgreich realisierte Mehrgenerationenhaus kann auf Projekte weiterer Trägervereine übertragen werden. Es wird ein Konzept aufgestellt, das Unterstützungsmöglichkeiten für die Trägervereine durch die GBO aufzeigt.
Die Koalition wehrt sich gegen die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe durch das Land Hessen. Die Erhebung der Abgabe ist weiterhin nötig, um sozialpolitische Wohnprojekte zu finanzieren.
- Die Koalition wird ihren Einfluss auf die GBO dahingehend geltend machen, dass auch Häuser und Wohnungen in den Stadtrandlagen, wie z.B. Bieber-West und Bieber-Waldhof, aufgewertet werden.
- Wichtig ist der Koalition auch die bedarfsgerechte Versorgung mit alten- und behindertengerechter Wohnungen.

Stadtentwicklung aus dem Kern heraus

- Die Attraktivität der Innenstadt als Wohn-, Einkaufs- und Dienstleistungsstandort ist Grundlage einer weiteren positiven Entwicklung der gesamten Stadt, um Offenbach weiter aus dem Kern heraus zu entwickeln.
- Die städtischen Straßenzüge werden weiter von der Innenstadt ausgehend durch Umgestaltung aufgewertet. Das betrifft insbesondere die Frankfurter Straße, die Mainstraße und die Kaiserstraße.
- Die Koalition wird den Marktplatz zu einem verkehrsberuhigten Geschäftsbereich umgestalten und damit aufwerten. Verkehrsbeziehungen werden im Rahmen eines Gesamtkonzepts mit Bürgerbeteiligung festgelegt.
- Das Hafengelände wird als Wohn- und Dienstleistungsstandort weiterentwickelt und bietet damit große Chancen – besonders für das Nordend. Eine Grundschule mit KITA wird ebenso am Hafen angesiedelt wie der Neubau der Hochschule für Gestaltung (HfG). Bei dem Bau der Grundschule und KITA werden die energetischen Standards eingesetzt, die laut städtebaulichem Vertrag für den Hafen festgesetzt wurden.
Es wird geprüft, ob bei der Umsetzung der Wettbewerbsergebnisse eine beispielbare Freifläche von mehr als 5m² pro Kind bereitgestellt werden kann. Dadurch dürfen keine Mehrkosten entstehen.
- Für die Nachnutzung des Isenburger Schlosses nach Auszug der Hochschule für Gestaltung (HfG) wird ein Konzept für eine stadtstrukturell sinnvolle Nachnutzung erarbeitet.
- Das Fassadensanierungsprogramm wird fortgeführt, insbesondere in den Stadtteilen Mathildenviertel, Nordend und südliche Innenstadt. Wenn Dachbegrünungen den Förderzielen des Fassadenprogramms entsprechen, sollen diese ebenfalls gefördert werden.
Die alte Straßenbeleuchtung (Quecksilberdampf-Leuchten) soll zügig durch energiesparende Natriumdampfleuchten oder durch eine moderne LED-Beleuchtung ausgetauscht werden.
Es wird geprüft, ob eine Akzentbeleuchtung einzelner Fassaden besonders attraktiver Gebäude realisiert werden kann.
- Wir wollen den Bürgerplatz in Bürgel und dann den Kurhessenplatz in Rumpenheim durch Absenken der Grünanlage auf Straßenniveau attraktiver und funktionaler gestalten. Zu den Vorhaben findet frühzeitig ein Bürgerbeteiligungsverfahren statt.

Soziale und ökologische Stadtentwicklung

- Die Koalition ist einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung verpflichtet. Dazu gehört, dass die städtischen Räume, Straßen und Plätze in enger Zusammenarbeit mit den dort wohnenden Menschen gestaltet und entwickelt werden. Programme wie die `Soziale Stadt` werden intensiv weiter geführt.
- Die Koalition wird bei der Stadtgestaltung auch die sozialen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen. Zum Beispiel wird bei anstehenden Neuananschaffungen auch auf altengerechte Stadtmöblierung, etwa durch erhöhte Sitzbänke mit Armlehnen zum einfachen Setzen und Aufstehen, geachtet. Weiterhin sollen unter dem Stichwort "Bespielbare Stadt" bei der Umgestaltung von Straßen mehr Spielmöglichkeiten für Kinder im öffentlichen Raum geschaffen werden.
- Die Koalition wird den Ausbau der Barrierefreiheit in Offenbach entschieden vorantreiben. Dies gilt insbesondere für den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und öffentlichen Gebäuden.
- Die Anzahl der barrierefreien Wohnungen in Offenbach soll erhöht werden. Zusammen mit der GBO wollen wir das Angebot in diesem Bereich verbessern.
- Es wird geprüft, ob in Zusammenarbeit mit Vereinen ein Sinnesgarten eingerichtet werden kann.
- Das Baubüro in seiner Funktion als Stadtentwicklungsbüro wird weiter aufgewertet, damit sich die Offenbacherinnen und Offenbacher über den aktuellen Stand der Projekte mittels Entwürfen, Plänen und Übersichten, die dort ausgelegt und erläutert werden, informieren können.
- Die Stadt Offenbach soll in Zusammenarbeit mit Umweltamt und Baubüro die energetische Sanierung des Wohnbestandes vorantreiben. Qualifizierte Beratung von Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern, Vermittlung günstiger Kredite und Förderprogramme sind zu gewährleisten. 155: Die Beratung beinhaltet auch die Gründungen privater Solar-Investitionsgemeinschaften.
- Die qualifizierte Beratung erstreckt sich auch auf Aspekte neuer Wohnkonzepte wie z.B. die gemeinsame Nutzung von Carsharing- oder Elektrofahrrad-Mietangeboten. Derartige Aspekte sollten möglichst schon bei der Bauplanung berücksichtigt werden.
- Wir wollen eine Informations- und Beratungskampagne, die zum Pflanzen von Bäumen, Begrünen von Wänden, Dächern und Hinterhöfen anregt.
- Wir werden die Freiraumentwicklungskonzepte umsetzen und bestehende Konflikte mit dem Reitsport in Zusammenarbeit mit den Vereinen auf Lösungsmöglichkeiten hin untersuchen.
- Bei Aufstellung von Bebauungsplänen werden die Ergebnisse der beim Deutschen Wetterdienst in Auftrag gegebene Stadtklimakarte berücksichtigt.

- Den Erhalt des städtischen Grüns werden wir bei allen Planungen frühzeitig, d.h. schon bei der Beauftragung berücksichtigen.
- Beim Stadionneubau werden die Kriterien der Nachhaltigkeit erfüllt. Die Stadiongesellschaft Bieberer Berg (SBB) wird beauftragt, Solarmodule mittels privater Investoren zu installieren.

III. Finanzen, Stadtverwaltung und Stadtkonzern

Finanzen

- Um einen ausgeglichenen Haushalt erreichen zu können muss die Finanzierung der Kommune im Rahmen einer Gemeindefinanzreform oder zumindest der Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleiches auf eine andere Basis gestellt werden. Das in der Hessischen Verfassung festgeschriebene Konnexitätsprinzip muss strikt angewendet werden. Bei Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips fordert die Koalition den Magistrat auf, notfalls gegen das Land Hessen zu klagen.
- Städtische Investitionen werden nur unter dem Aspekt äußerster Sparsamkeit betrieben. Die Koalition wird daher auch bei allen kofinanzierten Programmen deren Notwendigkeit prüfen, vor allem im Hinblick darauf, ob eine finanzielle Beteiligung der Stadt gerechtfertigt ist.
- Das Bau- und Sanierungsprogramm für Kindertagesstätten und Schulen wird uneingeschränkt fortgesetzt.
- Offenbach führt an drei Schulen Schulbaumaßnahmen im ÖPP-Verfahren aus. Vorteile und Risiken solcher Verfahren kristallisieren sich nicht sofort heraus, sondern bedürfen einer gewissen Zeitspanne, in denen Erfahrungen gesammelt werden können. Die Koalition wird zu gegebenem Zeitpunkt eine Evaluation durchführen. Wir werden keine weiteren ÖPP-Projekte durchführen, bis eine Zwischenbilanz vorliegt.
- Es wird vierteljährlich im Ausschuss HFB über den Finanzstatus von Projekten städtischer Gesellschaften und der Verwaltung berichtet.
- Es ist zu prüfen, inwieweit eine fachliche und personelle Stärkung Offenbacher Ämter, etwa des Bauamts, zur Einschränkung teurer Fremdvergaben für Planungsarbeiten wirtschaftlich sinnvoll ist.
- Die Koalition setzt sich dafür ein, dass das Prinzip einer nachhaltigen Beschaffungspolitik beibehalten und konsequent weiter betrieben wird. Bisher zeigt die Offenbacher Stadtverwaltung ein solches Verhalten durch die Verwendung von Recyclingpapier und den Bezug von Ökostrom. Weitere Maßnahmen einer nachhaltigen Beschaffungspolitik sind z.B. Carsharing sowie die Nutzung von Fahrzeugen mit alternativer Antriebstechnologie in Verwaltung und Stadtkonzern. Der Stadtverordnetenbeschluss, dass Offenbach den Status einer „Fairtrade-Stadt“ anstrebt ist umzusetzen.
- Bei Auftragsvergaben der Stadt, städtischer Unternehmen und des Stadtkonzerns, sowie deren Subunternehmen sind Tariftreue und soziale Standards zwingend einzuhalten.

- Als Maßnahme, um den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt zu vergrößern, wird die Koalition die Vergnügungssteuer auf Wettbüros und Spielhallen ausweiten und insgesamt erhöhen.

Stadtverwaltung und Städtische Gesellschaften

- In der Stadtverwaltung wird über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet, wenn dies die Berufschancen auf dem Arbeitsmarkt erhöht. Wir möchten, dass sich die Vielfalt der Kulturen in Offenbach auch in der Stadtverwaltung widerspiegelt. Für die vielen Ausbildungsstellen in der Stadtverwaltung oder im Stadtkonzern mangelt es jedoch häufig an Bewerberinnen und Bewerbern der unterschiedlichen Kulturkreise. Die Koalition möchte, dass an Offenbacher Schulen intensiv über die Ausbildungsmöglichkeiten bei Stadt und Stadtkonzern informiert und dafür geworben wird.
- Die Evaluation der Behördenrufnummer 115 wird abgewartet und die Kosten für die Stadt Offenbach ermittelt.
- Die SOH wird einer Aufgabenkritik unterzogen. Ziel ist es, die Geschäftsfelder der SOH zu überprüfen.
- Um ein Höchstmaß an Transparenz herzustellen werden die Geschäftsführergehälter der städtischen Gesellschaften offen gelegt.
- Die städtischen Anteile der EVO dürfen nicht verkauft werden. Um die Sicherung der EVO zu gewährleisten sind Alternativstrategien zu entwickeln, darunter auch die der Rekommunalisierung und der Möglichkeit, ein Aktienvorkaufsrecht bei Besitzerwechsel in die Verträge mit aufzunehmen.
- Es ist das gemeinsame Ziel der Koalition, die kommunale Trägerschaft und die höchste Versorgungsstufe des städtischen Klinikums im Interesse unserer Bevölkerung zu erhalten. Die Landesregierung muss in die Pflicht genommen werden, die noch ausstehenden Raten aus dem 50 Millionen Euro – Zuschuss im Haushaltsjahr 2012 zu zahlen, damit die Liquidität des Klinikums nicht aus im landesvergleich unüblichen Finanzierungskosten belastet wird.

Gleichstellung

- Die Sicherstellung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist gesetzlicher Auftrag und ein wichtiges Anliegen der Koalition. Zur Sicherstellung dieses Auftrags wird die Koalition der Wirkung und Einflussmöglichkeiten städtischen Handelns (Gender Mainstreaming und Gender Budgeting) besondere Beachtung schenken. Die Möglichkeiten einer Strategie zu einer geschlechtergerechteren Gesellschaft im Haushaltsplan der Stadt Offenbach sollen aufgegriffen und in den kommenden Jahren vorangebracht werden. Hierzu wird ein Maßnahmenplan entwickelt.

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss in allen Bereichen der Stadtverwaltung und in den städtischen Gesellschaften sichergestellt werden. Auch hier muss die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen. Es müssen sowohl Kinderbetreuungsplätze als auch Arbeitszeitmodelle angeboten werden. Nur so kann auch der berufliche Aufstieg von Frauen und Männern, die Kinder erziehen oder Angehörige pflegen, auf allen Ebenen gewährleistet werden.
- Wir werden in der Stadtverwaltung und den Unternehmen des Stadtkonzerns Zielquoten einführen, um den Frauenanteil zu erhöhen.
- Bei der Besetzung von Kommissionen, Beiräten, Verwaltungs- und Aufsichtsräten sowie sonstigen Gremien wird die gleiche Anzahl an Männern und Frauen vorgeschlagen.
- Das Projekt „Frauen in die Politik“ des Offenbacher Frauenbüros wird weiter unterstützt.

IV. Wirtschaft und Arbeit

- Ansiedlungspolitik und Wirtschaftsförderung sind intensiv fortzuführen und Investitionsanreize bei Ansiedlungen zu schaffen. Durch vorausschauendes und kluges Standortmanagement, insbesondere im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz, soll die Attraktivität Offenbachs für Unternehmen gesteigert werden.
Zur Stärkung des Mittelstandes werden bei beschränkten Ausschreibungen und freihändigen Vergaben Unternehmen aus Offenbach und der Region bevorzugt herangezogen, wo dies rechtlich möglich ist. Zusätzlich zum Newsletter ist ein Online-Portal für öffentliche Ausschreibungen vorgesehen.
- Auf dem Allessagelände wird die Einrichtung eines Gründer- und Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, die Ausweisung eines Technologieparks erneuerbare Energie und Energieeffizienz, welcher mit einem Demonstrations- und Lehrpark für vorbildliche Anlagen verbunden ist, realisiert.
- Das Ziel, Offenbach zur Kreativstadt zu machen ist nachhaltig zu verfolgen. Daher ist die weitere Förderung der Kreativwirtschaft zu gewährleisten.
- Die Stellplatzsatzung wird einer Prüfung unterzogen.
- Die Koalition wird prüfen lassen, ob und wie in Offenbach ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor für diejenigen Menschen geschaffen werden kann, die im ersten Arbeitsmarkt langfristig nicht mehr vermittelbar sind.

V. Umwelt- und Klimaschutz, Verkehr und Energie

Fluglärm und Flughafen

- Wir wenden uns gegen eine zusätzliche Lärmbelastung für Offenbach durch einen Ausbau des Flughafens.
- Die neue Landebahn darf nicht in Betrieb gehen, da mit einer weiteren Zunahme der Flugbewegungen und des Fluglärms die Entwicklungsmöglichkeiten Offenbachs stark eingeschränkt und das vom Grundgesetz geschützte Selbstverwaltungsrecht der Kommune substanziell gefährdet wird. Wir werden daher alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Ausbau zu verhindern. Desgleichen halten wir am Nachtflugverbot zwischen 22.00 und 6.00 Uhr fest.

Lärmschutz und Luftreinhaltung

- Wir werden zum Schutze der Gesundheit gefährdeter bzw. belasteter Anwohner die städtischen Pläne zur Luftreinhaltung und Lärminderung sowohl konsequent und Zug um Zug umsetzen, wie z.B. Durchfahrtsverbote für LKW oder nächtliche Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 Kilometer pro Stunde von 22:00 bis 06:00, als auch durch weitere Maßnahmen wie intelligente Ampelschaltungen ergänzen. Ziel ist es, den vermeidbaren Durchgangsverkehr zu reduzieren. Ferner setzen wir uns über Offenbachs Grenzen hinaus für eine große regionale Rhein-Main-Umweltzone ein. Erfahrungen anderer Städte werden wir vor der Einführung einer Umweltzone berücksichtigen. Bei der Handhabung wollen wir möglichst bürgernah vorgehen und begründete Härtefälle im gewerblichen Bereich berücksichtigen.
- Aus Gründen der Lärm- und der gesundheitlichen Belastung wird der Einsatz von Laubbläsern zügig und schrittweise reduziert. Damit öffnen wir über den 2. Arbeitsmarkt den Einstieg in den 1. Arbeitsmarkt für potenzielle ESO-Beschäftigte.

Mobilität

- Wir fördern städteplanerische Maßnahmen, die autofreies Wohnen ermöglichen, autofreie Wege und Plätze und echte Spielstraßen für Kinder. Die Rückerobung von Straßen und Plätzen durch die Bürgerinnen und Bürger, wo immer es möglich ist, soll umgesetzt werden.
- Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit insbesondere von Kindern werden wir Tempo 30 Zonen (bzw. Straßen) ausweiten. Die Einhaltung der getroffenen Maßnahmen wird konsequent überwacht insbesondere in den Nachtstunden und vor Kindergärten und Schulen.

- Fußgängern, insbesondere Kindern, wird ein sicheres Überqueren von Straßen an Fußgängerampeln entlang von Schulwegen erleichtert, indem hier schneller auf Grün geschaltet wird.
- Wir wollen Offenbach zur fahrradgerechten Stadt ausbauen und weitere geeignete Einbahnstraßen für Radfahrer im Gegenverkehr öffnen. Das Radwegekonzept wird daher schrittweise umgesetzt sowie fortentwickelt. So soll ergänzend an allen Schulen geprüft werden, ob genügend und geeignete Fahrradständer vorhanden sind. Generell wollen wir im Stadtgebiet mehr sichere Abstellmöglichkeiten wie Fahrradboxen schaffen.
- Nach Möglichkeit werden wir allen Beschäftigten im Stadtkonzern und Gesellschaften mit städtischer Beteiligung ein Jobticketangebot machen und bei privaten Unternehmen im Rahmen des laufenden Mobilitätsmanagements für den Einsatz von Jobtickets werben. Wir werden darauf hinwirken, dass die Stadt mit ihren Gesellschaften als ein Arbeitgeber mit dem RMV in Verhandlungen tritt.
- Die Koalition wird den Ausbau der Barrierefreiheit in Offenbach entschieden vorantreiben. Dies gilt insbesondere für den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und öffentlichen Gebäuden.
- Der öffentliche Personennahverkehr in Offenbach wird weiter auf der Grundlage des bestehenden Nahverkehrsplanes gefördert und unter den Gesichtspunkten Umweltverträglichkeit, Barrierefreiheit und unter besonderer Beachtung des Kriteriums der Wirtschaftlichkeit bedarfsgerecht weiter entwickelt.

Hierzu gehören unter anderem die Verlegung des Abendverkehrs auf die Zeit nach 21 Uhr, um eine Anpassung an veränderte Arbeits- und Ladenöffnungszeiten zu erreichen, die Sicherstellung eines angemessenen Angebotes nach 22 Uhr sowie die Anbindung von öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Friedhöfen, Seniorenbegegnungsstätten etc.

- Im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans werden Altentagesstätten und Friedhöfe besser an das Busliniennetz angebunden. Wir werden weiterhin spezielle Mobilitätsangebote für Seniorinnen und Senioren unterstützen.
- Im Bereich der Mobilität sind spezielle Angebote für Seniorinnen und Senioren, Kinder und Migranten wichtig. Die meisten Älteren beispielsweise wollen sich in gewohnter Weise fortbewegen – allerdings werden Alternativen zum PKW gesucht. Hier müssen spezifische Angebote greifen wie die Busschule der NiO (Nahverkehr in Offenbach).
- Zur Gewährleistung der Barrierefreiheit auf allen Linien wird die Kleinbuslösung auf Linie 104 entfallen.
- Barrierefreiheit an den S-Bahn-Stationen und ein sauberes Erscheinungsbild werden gegenüber Deutscher Bahn und RMV vehement eingefordert.
- Wir werden uns in allen Gremien dafür einsetzen, dass der Hauptbahnhof an das S-Bahn-Netz angeschlossen wird und die Deutsche Bahn auffordern, sein Erscheinungsbild sichtbar zu verbessern, ihn einladender zu gestalten sowie ihn zeitgemäß und behindertenfreundlich mit Aufzügen auszustatten. Wir wollen, dass der Hauptbahnhof und die S-Bahnstationen wie z. B. Marktplatz oder Ost-

bahnhof sauberer und sicherer werden und Sicherheits- oder Servicepersonal ständig anwesend ist.

- Die Koalition wird sich in allen Gremien für ein gerechteres und attraktiveres Preissystem im Rhein-Main-Verkehrsverbund einsetzen, das sich an der Fahrstrecke und nicht an Stadtgrenzen orientiert.
- Die vorhandenen privaten Carsharingangebote in Offenbach sollen ausgebaut und attraktiver gestaltet werden, um dieses ergänzende Mobilitätsangebot zu befördern. Hierfür sollen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, benötigte Stellplätze auf öffentlichen bzw. kommunalen Flächen bereitzustellen. In der Tiefgarage des Rathauses werden zwei Stellplätze für Carsharing-Fahrzeuge geschaffen.
- Außerdem wird eine Regelung zur dienstlichen Nutzung von Carsharing-Fahrzeugen für die Verwaltung sowie für städtische Gesellschaften geschaffen. Bei der Umsetzung erfolgt eine Orientierung an dem Magistratsbericht „Mit „Car-sharing“ Kosten senken und Klima schützen“ vom Juli 2010.
- Wir werden die Elektromobilität fördern auf Basis der Erfolge und Erfahrungen mit den Projekten im Rahmen der Modellregion Elektromobilität. Bei Neuanschaffungen der Bus- und Entsorgungsbetriebe setzen wir auf alternative Antriebstechnologien, wie z.B. Hybrid- oder Elektrofahrzeuge. Der Ausbau von Lademöglichkeiten – z.B. in Zusammenarbeit mit der EVO - erfolgt im Stadtgebiet wo dies sinnvoll ist. Den Betrieb mit grünem Strom aus erneuerbaren Energien werden wir sicherstellen. Das derzeitige Pilotprojekt der Vermietung von Elektrofahrzeugen, insbesondere von Elektrofahrrädern, werden wir im Erfolgsfall beibehalten und prüfen, ob eine Ausweitung auf weitere Standorte in Frage kommt.

Klimaschutz und Energie

- Wir werden das beschlossene Klimaschutzkonzept weiterhin umsetzen.
- Um sich langfristig unabhängig vom Öl- und Gasmarkt machen zu können, ist ein Energiemix aus erneuerbaren Energien auszubauen und zu fördern. Daher wird die Koalition eine Studie in Auftrag geben, die das energetische Potential der erneuerbaren Energien in Offenbach ermittelt. Ferner sollen daraus Energieeffizienzmaßnahmen abgeleitet werden können.
- Wir wollen prüfen, inwieweit und wo die Nutzung von Tiefengeothermie in Offenbach einsetzbar ist. Die Stadt Offenbach wird sich dafür einsetzen, die rechtlichen Voraussetzungen zur Nutzung der Tiefengeothermie in unserer Stadt zu schaffen. Fördermittel für mögliche Modell- oder Forschungsprojekte unter Beteiligung oder in der Hand Dritter (EVO, private Partner) sollen abgefragt und beantragt werden. Im Vorfeld sind mit dem Bundesministerium für Umwelt und dem Regierungspräsidium Darmstadt die Bedingungen hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Förderfähigkeit abzustimmen.
- Das durch die SOH (Stadtwerke Offenbach Holding) gesteuerte Bürgersolaranlagen-Programm wird fortgesetzt

- Wir werden ein Übersichtskataster erstellen mit allen bereits vorhandenen öffentlichen und privaten Solaranlagen, das den aktuellen Stand der Umsetzung der Nutzung der Solarenergie in Offenbach vermittelt.
- Es soll im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft werden, ob und wie ein Contracting-Angebot - in Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft und der IHK - zur energetischen Sanierung privater Immobilien erstellt werden kann.
- Einsatz von Mini-BHKW in Nahwärmekraftanlagen, städtischen Wohnanlagen der GBO und öffentlichen Einrichtungen forcieren
- Die Koalition begrüßt die Umsetzung des ESO-Konzepts zur Optimierung des Abfall-Recyclings und der energetischen Ausnutzung.
Die alte Straßenbeleuchtung (Quecksilberdampf-Leuchter) soll zügig durch energiesparende Natriumdampfleuchten oder durch eine moderne LED-Beleuchtung ausgetauscht werden.
- Wir wollen eine Informations- und Beratungskampagne, die zum Pflanzen von Bäumen, Begrünen von Wänden, Dächern und Hinterhöfen anregen.

Städtisches Grün und Naturschutz

- Wir werden ein Gesamtkonzept zur Pflege und Gestaltung von Grünanlagen erarbeiten lassen.
- Wir werden den Waldwirtschaftsplan auf Kosten/Nutzen-Effekte, sowie eine Zertifizierung nach FSC-Richtlinien prüfen. Gegenstand der wirtschaftlichen Prüfung wird auch sein, ob die Stadt Offenbach den Wald überhaupt bewirtschaften (lassen) muss.
- Die Koalition wird prüfen, wie eine Verbesserung der Wasserqualität der Bieber hergestellt werden kann.
- Wir werden die Einrichtung eines Naturlehrpfads im Amerikawäldchen prüfen.
- Der Weiher und die Grünanlage in Tempelsee werden saniert.
- Es wird keine Bebauung der Waldfläche entlang der S-Bahnstrecke in Richtung Bieber-Waldhof („Waldkulisse“) geben.
- Die Sanierung des Schultheißweihers muss konsequent fortgeführt werden, um den Weiher in seiner Funktion als Badesee und Naturschutzgebiet zu erhalten.

Verbraucherschutz

- Die Koalition wird prüfen, inwieweit das Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz ausgebaut werden kann, um seiner Funktion und als Partner für Bevölkerung und Gewerbe, Anlaufstelle für Informations- und Beratungsangeboten gerecht zu werden. Wir wollen, wo immer rechtlich möglich, dass Prüfergebnisse veröffentlicht werden.

VI. Soziales

- Die Einrichtung von Familienzentren wird vorangetrieben. Hierfür sollen ausgewählte Kindertagesstätten entsprechend ausgebaut werden, um dieses neue Angebot zu beherbergen. In den Zentren sollen hier neben Bildung, Erziehung und Betreuung ebenfalls niedrigschwellige Beratung und Unterstützung für Familien angeboten werden. Familien können so schon früh, am besten bereits vor der Geburt des Kindes, bedarfsgerecht begleitet und unterstützt werden, wenn sie dies wünschen. Die Familienzentren sind gleichzeitig feste Anlaufstelle für Austausch und weitere wichtige Belange. Für die Einrichtung und für den Betrieb von Familienzentren sollen geeignete Träger, etwa aus dem Bereich der Kirchen oder Freien Wohlfahrtspflege, gewonnen werden.
- Die Arbeit des Frauenhauses, der Frauenberatungsstelle und der vorhandenen Frauenprojekte soll auch in Zukunft finanziell abgesichert bleiben
- Wir werden auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Schuldnerberatung erhalten.
- Die Koalition wird eine neue Form der effektiven Seniorenvertretung erarbeiten. Ziel ist eine politische Stärkung der Seniorenvertretung.
- Wir werden Stadtteilforen zu seniorenrelevanten Themen einberufen.
- Wir wollen die Altentagesstätten zu modernen Begegnungsstätten mit vielfältigem Freizeit-, Bildungs- und Kulturangebot verändern und der Möglichkeit zur Mitgestaltung und Partizipation. Diese Begegnungsstätten sollen unsere Seniorinnen und Senioren auch in der heutigen kulturellen Vielfalt innerhalb dieser Altersgruppe ansprechen. Der vorliegende städtische Altenplan bildet nach wie vor eine fundierte Basis, die zeitgemäß weiter entwickelt werden muss.
- Wir wollen sicherstellen, dass seniorenspezifische Interessen hinsichtlich aller relevanten Themen, vom Wohnen über den Gesundheitsbereich bis hin zu Freizeit- und Kulturangeboten, bei städtischen Vorhaben Berücksichtigung finden. Hierfür soll eine neue zentrale Anlaufstelle für Seniorinnen und Senioren in der Innenstadt eröffnet werden, die unter der Bezeichnung „Seniorenbüro“ auch die bisherigen Angebote der „Fachstelle für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung“ sowie des Pflegestützpunktes weiterführt.
- Wir wollen die Machbarkeit eines regelmäßig erscheinenden „Seniorenkompass“ prüfen, in dem Veranstaltungsangebote für Seniorinnen und Senioren bekannt gemacht werden.
- Es soll eine Broschüre aufgelegt werden, aus der alle bestehenden Angebote für die ältere Bevölkerung Offenbachs hervor gehen.

- Die Einrichtung von Wohngruppen mit ambulanter Unterstützung für Demenzkranke und andere Pflegebedürftige soll weiter entwickelt und ausgebaut werden. Die Koalition wird darauf hinwirken, dass die GBO private Initiativen bei der Suche nach geeignetem Wohnraumangebot für Senioren-Wohngemeinschaften unterstützt.
- Der Bedarf an der Einrichtung eines heimgelagernden Demenzzentrums für besonders schwer erkrankte Menschen soll geprüft werden. In die Prüfung wird auch eine geeignete Örtlichkeit einbezogen.
- Wir wollen die Ausweitung der Angebote kultursensibler Altenpflege in Offenbach vorantreiben.
- Die Koalition wird die bestehenden Programme zur Entlastung von pflegenden Angehörigen fortführen und deren Inanspruchnahme durch bessere Bewerben erhöhen.
- Die Arbeit von Hospizen wird weiter gefördert.

VII. Integration

- Wir möchten, dass sich die Vielfalt der Kulturen in Offenbach auch in der Stadtverwaltung widerspiegelt. Für die vielen Ausbildungsstellen in der Stadtverwaltung oder im Stadtkonzern mangelt es jedoch häufig an Bewerberinnen und Bewerbern der unterschiedlichen Kulturkreise. Die Koalition möchte, dass an Offenbacher Schulen intensiv über die Ausbildungsmöglichkeiten bei Stadt und Stadtkonzern informiert und dafür geworben wird.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Bund und Land Mittel für die empfohlenen Maßnahmen der Modellregion Integration bereitstellen.
- Die "Mama-lernt-deutsch" Kurse sollen auf KITAs ausgeweitet werden.
- Wir befürworten eine Verknüpfung von Deutschkursen mit Arbeitsangeboten. Weiterhin sollen die Lernangebote für erwachsene Migranten, Mütter und Väter ausgebaut werden.
- Wir wollen Projekte und Initiativen zum Nationen- und kulturenübergreifenden Austausch fördern. Wir wünschen uns dabei die Einbindung und Mitwirkung von Vereinen.
- Wir wollen ein Mentorenprogramm ins Leben rufen, das Menschen der unterschiedlichen Kulturkreise die Möglichkeit eröffnet, Einblick in die Offenbacher Politik und Verwaltung zu bekommen. Wir unterstützen das Patenschaftsmodells des Jugendamtes.
- Wir werden den Magistrat beauftragen, über ein „Freundschaftsprogramm“ ausländische und deutsche Vereine und Gemeinden zusammenzubringen.
- In Zusammenarbeit mit der IHK und den Innungen soll ein jährlich stattfindender Informationstag initiiert werden, bei dem Unternehmerinnen und Unternehmer aus unterschiedlichen Herkunftsländern Jugendlichen aus dem gleichen Kulturkreis ihre Arbeit vorstellen.

VIII. Kultur und Sport

Kultur

- Offenbach soll sich auch weiterhin zur Kreativstadt entwickeln. Dafür ist die weitere Förderung der Kreativwirtschaft zu gewährleisten.
- Bei freien Flächen im Bernardbau wird geprüft, ob weitere kulturelle Angebote, wie z.B. eine Kunsthalle und Abteilungen für Sport, Migration und Drucktechnik im Haus der Stadtgeschichte eingerichtet werden können.
- Wir werden prüfen, ob den Bürgerinnen und Bürgern Offenbachs Räumlichkeiten in Capitol und Stadthalle für Festivitäten wie Hochzeiten und Schulabschlussbällen zu vergünstigten Preisen angeboten werden können.
- Wir prüfen, ob durch private Sponsoren eine Absolventenwohnung mit Atelier für herausragende HfG-Absolventinnen und Absolventen angeboten werden kann. Ähnlich dem "Schriftsteller im Bücherturm" wird eine "Stadtkünstlerin" bzw. ein "Stadtkünstler" benannt.
- Die Kreativität Offenbachs soll sich auch unmittelbar in der Fußgängerzone zeigen, z.B. durch Einbeziehung von Künstlern bei stadtplanerischen Maßnahmen.
- Wir werden die Vermittlung von Ausstellungs- bzw. Aktionsräumen - unter Berücksichtigung leer stehender Läden - für Offenbacher Künstlerinnen und Künstler intensivieren. Ein Atelier- und Galerieregister wird eingerichtet. Eine "Künstlerbörse", die Künstlerinnen und Künstler sowie potenzielle Ausstellerinnen und Aussteller zusammenbringt, wird initiiert.
- Wir möchten, dass der Mittelaltermarkt weiter stattfinden kann. Dafür soll ein geeigneter Veranstaltungsort gefunden werden.
- Wenn das Land Hessen im Gegenzug auf städtische Zuschüsse für die Landeshochschule HfG verzichtet, wird Offenbach Mitglied des Kulturfonds Frankfurt Rhein/Main.
- Wir werden prüfen, ob durch städtische Werbung die Nutzung der Artothek wieder belebt werden kann.

Ehrenamt und Partnerstädte

- Ehrenamtlich engagierte Menschen sollen noch mehr Hilfestellungen wie Qualifizierung und Begleitung angeboten werden.
- Um das Ehrenamt weiter zu fördern und eine professionelle Begleitung zu gewährleisten, wird die städtische Förderung des Freiwilligenzentrums erhöht.
- Es wird eine enge Vernetzung des Freiwilligenzentrums mit dem Referat Ehrenamt der Stadt sichergestellt.
- Die Vorteile der Ehrenamtskarte sollen ausgeweitet werden.
- Begegnungen und Austausche mit unseren Partnerstädten müssen auf vielen Gebieten möglich bleiben. Als Schwerpunkt der partnerschaftlichen Begegnungen soll der Austausch von Jugendgruppen stehen. Es sollen auch Beziehungen zu Städten und Gemeinden geknüpft werden, aus denen in Offenbach stark vertretene Mitbürgergruppen kommen.

Sport

- Der Sport in Offenbach – und zwar nicht nur der Spitzensport, sondern vor allem auch der Breitensport – soll ausreichend finanziell gefördert werden.
- Wir erstellen ein Konzept, wie wir wirtschaftlich und ökologisch vertretbare Investitionen in die Gestaltung vorhandener Offenbacher Sportstätten vornehmen können. Wir werden folgende Maßnahmen prüfen: Anlage eines Wassersportzentrums, bessere Trainings- und Wettkampfbedingungen bei den Kampfsportarten in Zusammenarbeit mit dem JC Samurai und dem Boxclub Nordend sowie die Umwandlung von Hartplätzen in Kunstrasenplätzen.
- Das Sportbüro wird weiterhin Vereine bei der Ausrichtung überregionaler Meisterschaften organisatorisch unterstützen.
- Bei der Ausweisung größerer Neubaugebiete wie dem Hafenprojekt oder Waldheim Süd werden Bolzplätze vorgesehen.
- Über die Sanierung und Ausbau von Sportzentren hinaus muss sichergestellt werden, dass auch Vereine mit eigener Sportanlage ausreichende Zuschüsse für die Instandhaltung ihrer Anlagen erhalten
- Bestehende Konflikte des Reitsports mit dem Freiraumentwicklungskonzept werden in Zusammenarbeit mit den Vereinen auf Lösungsmöglichkeiten hin untersucht.
- Die Sportvereine erhalten weiterhin professionelle Beratungsangebote zur Gewaltprävention (z.B. „Fan-Projekt Offenbach“, „Integration durch Sport“). Weitere

Finanzierungsmöglichkeiten über das „Netzwerk gegen Gewalt“ werden wir nutzen.

- Wir werden weiterhin die Zusammenarbeit von Vereinen mit Ganztagschulen fördern und Vereine bei angestrebten Fusionen und Kooperationen begleiten.
- Die Stadt wird gemeinsam mit den Vereinen Strukturen schaffen, die das Sportangebot in Vereinen für Frauen und insbesondere Migrantinnen attraktiver macht.
- Im EOSC-Bad ist eine Sanierung des Dusch- und Umkleidebereichs aus sanitären und energetischen Gesichtspunkten finanziell zu unterstützen.

IX. Prävention, Sicherheit und Ordnung

- Wir werden die bestehenden Vorschriften der Gefahrenabwehr konsequent durchsetzen. Das gilt auch für das Einschreiten gegen unberechtigtes Befahren der Fußgängerzone mit Auto und Fahrrad. Wir werden weiterhin für eine ausreichende personelle Ausstattung des allgemeinen Ordnungsdienstes bzw. der Stadtpolizei sorgen sowie die Reinigungseinsätze in der City verbessern. Kontrollen und Reinigungseinsätze sollen in den Stadtteilen und im Bereich der Stadtränder verstärkt werden. Um dies zu erreichen, werden wir den Bereich Sicherheit und Ordnung effizienter gestalten.
- Wir werden prüfen, wie die Arbeit der bestehenden runden Tische in den Stadtteilen effizient gestaltet werden kann, damit kriminelle Karrieren von Jugendlichen verhindert bzw. beendet werden können. Jugendlichen soll eine Teilnahme an den runden Tischen ermöglicht werden.
- Zur Gewaltprävention soll die Einführung der „Gelben Karte“ geprüft werden, die eine Verzögerung des Erwerbs des Führerscheins zur Folge hat.
- Wir wollen die Einrichtung eines „Haus des Jugendrechts“, in dem Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe eng zusammenarbeiten.
- Die Koalition wird die Programme der sogenannten „Täterarbeit“ erhalten, um präventiv gegen Gewaltanwendung zu wirken.

Zusammenarbeit der Koalitionspartner

1. In der Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen, im Magistrat und in allen anderen städtischen Gremien stimmen die Koalitionspartner gemeinsam ab.
2. Parlamentarische Initiativen sind in der Regel nur mit Zustimmung der Partner möglich.
3. Grundsätzlich wird über Initiativen und Anträge in den Arbeitskreisen beraten und entschieden. Wenn auf Arbeitskreis- oder Fraktionsebene kein Konsens herbei geführt werden kann, entscheidet die Koalitionsrunde. Diese tagt in der Regel am Montag vor dem Ablauf der Antragsfrist für die nächste Stadtverordnetenversammlung und entscheidet abschließend über die Einbringung aller vorliegenden Anträge aus den Koalitionsfraktionen. (Änderungen und Ergänzungen nach Einbringung sind möglich, sollten diese aber nicht verzögern, wenn im Grundsatz Konsens besteht.)
4. In jedem Fall werden alle Sach- und Personalfragen vor den Stadtverordnetenversammlungen abgestimmt.
5. Die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen werden vom hauptamtlichen Magistrat regelmäßig und umfassend über alle für die Stadt Offenbach bedeutsamen Entwicklungen und Vorhaben informiert. Es findet eine Vorbesprechung vor der Magistratssitzung statt. An ihr nehmen die hauptamtlichen Magistratsmitglieder der Koalition, sowie die drei Fraktionsvorsitzenden teil.
6. Vor den Magistratssitzungen findet eine Vorbesprechung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Magistratsmitglieder der Koalition statt.
7. Vor wichtigen Entscheidungen des Magistrats, insbesondere über neue Projekte wie die Aufstellung von Bebauungsplänen und andere Maßnahmen der Stadtentwicklung, ist die Koalition mindestens 14 Tage vor dem vorgesehenen Termin der erstmaligen Behandlung im Magistrat in geeigneter Weise über Kerninhalte der Vorlagen zu informieren. Vorzugsweise geschieht dies in der Koalitionsrunde. In jedem Fall sind unter Beibehaltung der genannten Frist die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen zu informieren.
8. Ist ein grundsätzlicher Konsens nicht herbeizuführen, wird die Vorlage zunächst nicht in den Magistrat eingebracht. Die Koalitionsrunde tritt dann unverzüglich zusammen und entscheidet über das Vorgehen. In Ausnahmefällen, z.B. bei Dringlichkeitsvorlagen, wird Konsens zwischen den Magistratsmitgliedern und den Fraktionsvorsitzenden hergestellt.
9. Vor dem Beginn der Sommerpause wird die Koalitionsrunde im Überblick über anstehende Entscheidungen im Magistrat informiert.
10. Der Verkauf von städtischen Anteilen an Gesellschaften und strategische Entscheidungen wie z.B. Umstrukturierungen innerhalb des Konzerns und der Holding sowie die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern bedürfen

der Einigung zwischen den Koalitionspartnern. Diese muss rechtzeitig vor den Sitzungen von Aufsichtsräten und Magistrat erfolgen.

11. Proklamationen und Resolutionen der einzelnen Koalitionspartner sind nicht Gegenstand einer schriftlich fixierten Zusammenarbeit. Die Aufrechterhaltung eigener Standpunkte soll den Koalitionspartnern von Anfang an ermöglicht werden unter zwei Bedingungen:
- Die Resolutionen behandeln keine haushaltsrelevanten Fragen.
 - Die Resolutionen enthalten keine Arbeitsaufträge an den Magistrat und sind nicht mit finanziellen Leistungen der Stadt Offenbach verknüpft.

Offenbach, den XX. Mai 2011

Felix Schwenke Ursula Richter/Wolfgang Malik Ingo Wernig

Andreas Schneider Peter Schneider Dieter Jahn